

Gute GRÜNde gegen CETA

Offener Brief an die baden-württembergischen Grünen, Mai 2019

Hallo Ihr Grünen, die Ihr mit uns öffentlich gegen CETA protestiert habt!

Wir gehören zu den lokalen Bündnissen für gerechten Welthandel, die bundesweit aus der Bewegung gegen CETA und TTIP hervorgegangen sind.

Die Fridays4Future-Bewegung bringt es auf den Punkt. Ohne entschiedenes politisches Handeln wird es für unsere Kinder keine gute Zukunft auf diesem Planeten geben. In dieser Situation erhaltet Ihr Grüne zusätzliche Wählerstimmen von Menschen, die auf Euer Umweltbewusstsein und auf Euer konsequentes Handeln vertrauen.

Indessen scheinen die GRÜNEN in der baden-württembergischen LANDESREGIERUNG bereit zu sein, im Bundesrat für CETA, das europäisch-kanadische Freihandels- und Investorenschutzabkommen, zu stimmen. Ministerpräsident KRETSCHMANN würde sich damit über die geltende Beschlusslage des baden-württembergischen Grünen Landesverbandes vom 9./10. Dez.2017 hinwegsetzen:

<https://www.gruene-bw.de/wp-content/uploads/2017/12/GrueneBW-LDK-Beschluss-Für-einen-fairen-Handel-CETA-Vertrag-nicht-zustimmen.pdf>

Wie geht das zusammen? CETA hat höchst negative Auswirkungen auf Klima, Umwelt und Verbraucherschutz. Dies ist Euch wohlbekannt.

Der jüngste Bericht der UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) bestätigt, dass Handelsverträge wie CETA die Demokratie zerstören und die staatliche Regulierungsfähigkeit massiv einschränken. Wegen der Klimakrise („größtes Marktversagen der Geschichte“) fordert die UNCTAD staatliche Regulierungen für eine ökologische und nachhaltige Politik!

Ihr könnt doch nicht mit 320.000 Menschen gegen TTIP und CETA demonstrieren und zwei Jahre später CETA durchwinken!

CETA wird im Bundesrat gestoppt, wenn sich die Bundesländer mit grüner Regierungsbeteiligung der Stimme enthalten. Wir erwarten, dass Ihr Wort haltet und CETA nicht zustimmt. Üblicherweise enthält sich ein Land im Bundesrat der Stimme, wenn sich Koalitionspartner nicht einig sind. Nutzt diese Möglichkeit!

Unser dringender Appell an Euch Grüne:

- **Tut alles, was in Eurer Macht steht, um den Klimawandel und CETA zu stoppen! Unterstützt keine Freihandelsverträge, die die Demokratie zerstören und das UN-Klimaabkommen gefährden!**
- **Erklärt, dass Koalitionszusagen, im Bundesrat für CETA zu stimmen, in Anbetracht des fortgeschrittenen Klimawandels nicht eingehalten werden können!**

Baden-Württembergische Bündnisse und Initiativen im Netzwerk Gerechter Welthandel



**Heidelberger Bündnis
für gerechten Welthandel**

Der offene Brief an die GRÜNEN

Lokale Bündnisse und Initiativen für gerechten Welthandel in vielen anderen Bundesländern wenden sich ebenfalls mit offenen Briefen an die GRÜNEN. Eine bundesweite Fassung ist im Internet eingestellt und **kann von Gruppen und Einzelpersonen unterzeichnet werden:**

www.ceta-im-bundesrat.de

Der hessische Landesverband der Grünen hat sich jedoch nach aktuellem Stand festgelegt: keine Abweichung von der Koalitionsvereinbarung, Ja zu CETA im Bundesrat.

Sprechen Sie mit den Grünen vor Ort!

Eine Partei kann nicht glaubwürdig mit klimapolitischen Zielen in den Europawahlkampf oder andere Wahlkämpfe ziehen und als Regierungspartei auf Landesebene CETA im Bundesrat zustimmen!

CETA im Bundesrat stoppen!

Hintergrundinformationen:

Das „Umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen“ CETA wurde im Oktober 2016 von der EU und Kanada unterzeichnet. Im Februar 2017 stimmte das EU-Parlament zu; gegen die Stimmen der Grünen und Linken sowie einzelner sozialdemokratischer Abgeordneter. Seit September 2017 sind Teile des Abkommens vorläufig in Kraft. Jedoch kann das **Investitionsschutzkapitel erst wirksam werden, wenn die Parlamente aller EU-Mitgliedstaaten CETA ratifizieren. In Deutschland müssten dafür sowohl Bundestag als auch Bundesrat zustimmen.**

Auf Veranlassung der Region Wallonien hat Belgien 2017 dem Europäischen Gerichtshof die Rechtsfrage vorgelegt, ob die Investor-Staats-Schiedsgerichte von CETA mit europäischem Recht vereinbar sind. Im enttäuschenden Gutachten vom 30.04.2019 hat der EuGH dies bejaht. **Offen ist weiterhin die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über Verfassungsklagen zu besonders einschneidenden CETA-Regeln.**

CETA beschränkt die sozial- und umweltpolitische Handlungsfähigkeit gewählter Regierungen mit völkerrechtlich bindender Wirkung. Der vorliegende Vertragstext sieht trotz formaler Nachbesserungen (Investitionsgerichtssystem statt privaten Schiedsgerichten) eine investorenfreundliche Paralleljustiz vor. Demokratisch nicht legitimierten Ausschüssen wie dem gemischten CETA-Ausschuss wird großer Einfluss auf die nationale Gesetzgebung eingeräumt. Weitreichende Liberalisierungsverpflichtungen für die öffentliche Daseinsvorsorge beschränken das Selbstverwaltungsrecht der Kommunen. Während aktiver Klimaschutz in CETA kaum eine Rolle spielt, sind Investitionen in fossile Energien explizit geschützt.

Noch gibt es die Chance, CETA zu stoppen. In Deutschland wird der **Bundesrat entscheidend sein; eine Zustimmung erfordert dort mindestens 35 JA-Stimmen. Daher ist CETA vom Tisch, wenn sich die Landesregierungen mit grüner, linker bzw. Freie-Wähler - Beteiligung der Stimme enthalten.**